

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 846

Mittwoch, 21. Januar 2026

33. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

<i>Neue Repression gegen 48 Kantone von Totonicapán: Ex-Vizepräsident verhaftet.....</i>	<i>1</i>
<i>Europäische Union hält die Sanktionen gegen Consuelo Porras und andere aufrecht.....</i>	<i>2</i>
<i>Diario Militar: Richterin lehnt eine Schliessung des Falls ab.....</i>	<i>2</i>
<i>Wasserschützer*innen feiern Urteil gegen Klage eines US-Goldunternehmens.....</i>	<i>3</i>
<i>Abkommen zum Strassenbau und Güterverkehr zwischen USA und Guatemala.....</i>	<i>4</i>
Ausbau des Hafens Puerto Quetzal durch USACE ab 2027.....	5
Präsident Arévalo über den Ausbau des Hafens.....	6

Neue Repression gegen 48 Kantone von Totonicapán: Ex-Vizepräsident verhaftet

Totonicapán, 14. Januar - Im Rahmen einer neuen Amtshandlung der Staatsanwaltschaft (MP) unter Consuelo Porras wurde Basilio Bernardo Puac García festgenommen, der 2023 als Vizepräsident der 48 Kantone fungierte. (...)

Die Verhaftung von García erfolgte, während er sich in seinem Geschäft auf dem städtischen Markt von Patzicía, Chimaltenango, aufhielt.

Diese Festnahme reiht sich ein in die Festnahmen von Luis Pacheco, Héctor Chaclán und Esteban Toc, ehemaligen Anführern der 48 Kantone und Sololá, von denen die beiden ersten weiterhin in Untersuchungshaft sitzen. Die Festnahmen sind Teil einer Reihe von gerichtlichen Verfolgungen indigener Autoritäten, was bei sozialen Organisationen Alarmglocken läuten lässt: eine offensichtliche Kriminalisierung von Protesten und die Unterdrückung derjenigen, die ihre Ablehnung gegenüber der Amtsführung von Generalstaatsanwältin Consuelo Porras zum Ausdruck gebracht haben.

Puac García übernahm während dieser Proteste eine aktive Rolle und forderte von der Ermittlungsbehörde eine gerechte Amtsführung. Er stellte sich vor das Justizministerium im Stadtteil Gerona und forderte die Beendigung der Kriminalisierung von Gemeindevorsteher*innen und den Rücktritt von Generalstaatsanwältin Consuelo Porras. Damit wurde er zu einer der sichtbarsten und eindringlichsten Stimmen der sozialen Mobilisierung in diesem Jahr.

Bislang ist bekannt, dass die Ermittlungsbehörde ebenso wie andere indigene Behörden die Anklage wegen Behinderung der Justiz anstreben. „Um ca. 13:30 Uhr, als wir eine Sicherheitsrunde im städtischen Markt durchführten, identifizierten wir den heute festgenommenen Mann, um den von Richter Mario Rodrigo Flores Maldonado unterzeichneten Haftbefehl des Vierten Strafgerichtshofs zu vollstrecken“, heisst es im Bericht der Nationalen Zivilpolizei (PNC).

Weitere Verfolgte

Luis Pacheco und Héctor Chaclán, ehemalige Amtsträger der 48 Kantone, werden wegen derselben Straftaten strafrechtlich verfolgt. Die Bearbeitung ihrer Fälle hat sich jedoch verzögert, da mehrere Richter*innen sich geweigert haben, sich mit ihnen zu befassen, was ihre Untersuchungshaft verlängert hat. Ihre Anwält*innen haben beklagt, dass sie einem willkürlichen Rechtsstreit ausgesetzt sind.

Esteban Toc befindet sich in einer ähnlichen Situation, obwohl er derzeit aufgrund von Gesundheitsproblemen, die eine medizinische Behandlung erfordern, unter Auflagen auf freiem Fuss ist. (...) Dessen Anhörung war für den 16. Januar geplant, wurde jedoch verschoben, da die Stiftung gegen Terrorismus einen Antrag auf Befangenheit gegen die Richter*innen gestellt hat, über den zunächst entschieden werden muss. (Prensa Comunitaria)

Europäische Union hält die Sanktionen gegen Consuelo Porras und andere aufrecht

Guatemala, 9. Januar – Die Europäische Union (EU) machte bekannt, dass sie die Sanktionen gegen acht Guatemalte*innen um ein Jahr bis zum 13. Januar 2027 verlängern werde: Es handelt sich um Generalstaatsanwältin Consuelo Porras, Rafael Curruchiche (Chef der Staatsanwaltschaft gegen Straffreiheit), Richter Fredy Orellana, Staatsanwältin Leonor Morales Lazo, Staatsanwalt Angel Pineda, Ricardo Rafael Méndez Ruiz und Raúl Amílcar Falla Ovalle (von der rechtsextremen Stiftung gegen Terrorismus) sowie Richter Jimi Bremer (der u.a. Journalist Zamora verurteilt hatte).

Sie alle werden beschuldigt, die Demokratie, den Rechtsstaat und die friedliche Machtübernahme stürzen zu wollen. Aus diesem Grund bleiben die Beschränkungen weiterhin in Kraft: Einreise- und Durchreiseverbote für europäisches Gebiet sowie das Einfrieren von Vermögenswerten, die unter der Gerichtsbarkeit der Mitgliedstaaten stehen. Darüber hinaus ist es europäischen Bürger*innen und Unternehmen untersagt, den sanktionierten Personen finanzielle oder wirtschaftliche Mittel zur Verfügung zu stellen.

„Die EU und Guatemala pflegen eine langjährige Zusammenarbeit, und die EU hält an ihrem Engagement für die Unterstützung der Demokratie und der Menschenrechte in diesem Land fest. Die Entsendung einer EU-Wahlbeobachtungsmission im Jahr 2023, die klare Haltung der EU zur Verteidigung der Wahlergebnisse, ihre Unterstützung für eine gute Regierungsführung und diese selektiven Sanktionen sind Teil dieser Bemühungen“, heisst es in der Erklärung der EU.

Diese Sanktionen gehen auf den Februar 2024 zurück, nachdem zuvor versucht worden war, Präsident Bernardo Arévalo und Karin Herrera an der Amtsübernahme zu hindern. Zu den ersten Sanktionierten gehörte die Generalstaatsanwältin Consuelo Porras, die von der EU als eine der Hauptverantwortlichen für Handlungen bezeichnet wurde, die die demokratische Ordnung gefährdeten. (...) (Prensa Comunitaria)

Diario Militar: Richterin lehnt eine Schliessung des Falls ab

Guatemala, 8. Januar - Candelaria Pop Coy wurde im Mai 1984 festgenommen, ihr Ehemann und ihr Sohn wurden in der Militärbasis Nr. 21 unter der Leitung von Oberst Edgar Rolando Hernández Méndez gefangen gehalten, wie aus der Anhörung vom 26. August 2025 vor dem Gericht C für besonders schwere Straftaten hervorgeht. Das damalige Geschehen ist in dem als Diario Militar bekannten Geheimdienstokument dokumentiert. Daher wurde Edgar Hernández Méndez wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schwerer Vergewaltigung gegen Pop Coy vor Gericht gestellt.

Nun beantragte die Menschenrechtsstaatsanwaltschaft unter der Leitung von Noe Rivera bei der Richterin Carol Berganza die vorläufige Einstellung des Verfahrens gegen Hernández Méndez wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, da nicht genügend Beweise vorlägen, um ihn vor Gericht zu stellen, und die Einstellung des Verfahrens wegen Vergewaltigung, da ihrer Ansicht nach keine Beweise vorlägen, um den pensionierten Soldaten anzuklagen.

Während der Anhörung am 7. Januar 2026 lehnte die Richterin die Einstellung des Verfahrens gegen Hernández Méndez ab, da die Staatsanwaltschaft der Anordnung nicht nachgekommen war, innerhalb von drei Monaten gegen den ehemaligen Kommandanten der Militärzone Nr. 21 zu ermitteln, in der heute das Regionale Kommando für Friedensoperationen (CREOMPAZ) untergebracht ist.

Die Richterin erklärte, dass die Staatsanwaltschaft keinen Kontakt zu dem direkten Opfer Pop Coy aufgenommen habe und daher nicht einmal wisse, ob das Opfer noch am Leben sei; dass die Staatsanwaltschaft die Beweismittel, mit denen sie die Festnahme des Offiziers beantragt hatte, nicht geprüft habe, sondern im Gegenteil sich darauf konzentriert habe, ihre eigene Untersuchung zu untergraben. Ausserdem sei während der für die Untersuchung gewährten Zeit keine Gründe zusammengetragen worden, um den Antrag auf Einstellung des Verfahrens zu stützen. „Wir begrüssen die Entscheidung der Richterin, da das Verhalten der Staatsanwaltschaft bedauerlich war“, erklärten die Nebenkläger*innen. (...)

Ein während der Verhandlung verlesenes Gutachten kommt zu dem Schluss, dass Candelaria Pop Coy von Militär- und Polizeibehörden gefoltert und grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung ausgesetzt wurde. Darüber hinaus warnt es davor, dass sie und ihre gesamte Familie (...) in ihrer physischen und psychischen Unversehrtheit gefährdet seien, wenn keine Gerechtigkeit hergestellt werde und die Tat ungestraft bliebe.

Ausgehend von diesem Punkt lehnten die Kläger*innen den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Einstellung des Verfahrens wegen Vergewaltigung mit Strafverschärfung entschieden ab, da diese das endgültige Ende einer Verfolgung dieses Verbrechens bedeute und dass dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt des Verfahrens nicht angemessen sei. In ihrer Argumentation stellten sie sexuelle Gewalt in den Kontext staatlicher Unterdrückung und erinnerten daran, dass es sich um Ereignisse handele, die Jahrzehnte zurückliegen und mit geheimen Machtstrukturen zusammenhängen, sodass kein unausführbarer Beweisstandard verlangt werden könne, um den Fall vor Gericht zu bringen.

Frist für die Staatsanwaltschaft

Die Richterin hat der Staatsanwaltschaft eine Frist von zehn Tagen gesetzt, um eine neue Anklageschrift einzureichen und die Eröffnung des Verfahrens zu beantragen. Auf diese Weise können alle Elemente der Untersuchung analysiert und eine konkrete Entscheidung in diesem Fall getroffen werden. Am 10. Februar findet die Anhörung statt, um diese

neue Anklageschrift zu erörtern und zu entscheiden, ob Hernández sich einer mündlichen und öffentlichen Verhandlung stellen muss oder nicht.

Im Oktober 2025 teilten die Kläger*innen, die die Angehörigen der Opfer des Falles Diario Militar vertreten, der Richter*in Carol Berganza, mit, dass sie die Generalstaatsanwältin der Staatsanwaltschaft, Consuelo Porras, gebeten hätten, die kürzlich der Menschenrechtsstaatsanwaltschaft zugewiesenen Staatsanwält*innen von dem Verfahren auszuschließen. Sie wiesen darauf hin, dass die Ernennung von Noé Rivera und anderen Misstrauen gegenüber ihrer Unparteilichkeit hervorrufe, nachdem diese die vorläufige Einstellung der Ermittlungen gegen die Angeklagten Toribio Acevedo, Malfred Pérez, Edgar Virgilio de León Sigüenza und Alix Leonel Barillas Soto beantragt hatten, denen die Beteiligung an den im Diario Militar dokumentierten Verschleppungen und aussergerichtlichen Hinrichtungen vorgeworfen wird. Die Rechtsvertreter*innen der Opfer forderten Porras auf, eine Sonderstaatsanwaltschaft zu ernennen, die die Ermittlungen unabhängig und ausserhalb der derzeitigen Struktur der MP für Menschenrechte fortsetzt. (Prensa Comunitaria)

Wasserschützer*innen feiern Urteil gegen Klage eines US-Goldunternehmens

Washington/La Puya, 7. Januar 2026 Die Aktivist*innen der friedlichen Widerstandsbewegung La Puya nördlich von Guatemala-Stadt feierten über die Feiertage einen wichtigen Sieg. Am 23. Dezember entschied ein Schiedsgericht des Internationalen Zentrums zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) der Weltbank gegen das in Nevada ansässige Unternehmen Kappes, Cassidy and Associates (KCA) in dessen fast eine halbe Milliarde Dollar schweren Schiedsverfahren gegen Guatemala.

Die Klage von KCA wurde durch exklusive Privilegien ermöglicht, die es transnationalen Unternehmen erlauben, Regierungen im Rahmen des Freihandelsabkommens zwischen den USA, Zentralamerika und der Dominikanischen Republik (CAFTA-DR) zu verklagen. Das Unternehmen forderte Hunderte Millionen Dollar als Reaktion auf die gerichtlich angeordnete Aussetzung seines Goldminenprojekts Progreso VII Derivada wegen fehlender freier, vorheriger und informierter Konsultation der betroffenen Maya-Kaqchikel- und Xinka-Völker.

In ihrer Antwort betonte die friedliche Widerstandsbewegung La Puya in einem Kommuniqué, dass sie es sei, die unter den Investitionen von KCA zu leiden habe: „Dieses Schiedsverfahren begann 2018, weil das Unternehmen und frühere guatemalteckische Regierungen den Willen der Bevölkerung und ihre Ablehnung des Edelmetallabbaus zum Schutz des Lebens, des Wassers und des Territoriums nicht respektiert haben“.

Das Ergebnis dieses Verstoßes durch den Staat in Zusammenarbeit mit KCA waren Konflikte, lokale Unruhen, Einschüchterungen, Unterdrückung und Kriminalisierung der Widerstand leistenden Gemeinden und schließlich dieses sieben Jahre dauernde internationale Schiedsverfahren.

La Puya arbeitete während des Schiedsverfahrens mit dem guatemalteckischen Verteidigungsteam zusammen und sagte vor dem Schiedsgericht aus. Um seinen Fall zu verteidigen, stützte sich das Verteidigungsteam Guatemalas außerdem stark auf die Argumente der Widerstandsgruppe, die zeigten, dass das Unternehmen die guatemalteckischen Vorschriften nicht eingehalten hatte und dass sein Projekt niemals hätte genehmigt werden dürfen. Auf diese Weise erkannte die Regierung die Legitimität des über zehnjährigen Kampfes von La Puya zur Verteidigung von Wasser, Leben und Territorium an. (...)

Dazu erklärte die friedliche Widerstandsbewegung La Puya: „Wir sind zufrieden und fühlen uns in unserem friedlichen Kampf bestätigt. KCA hat seine Wette verloren, mit diesem internationalen Schiedsverfahren Millionen von Dollar zu verdienen, dass es in dem Wissen initiiert hatte, dass es niemals die Zustimmung der Gemeinden erhalten würde, die sein unrentables Projekt stets abgelehnt haben. Dieses Projekt ist so schlecht, dass das Unternehmen es nicht einmal in einem Schiedsverfahren verteidigen konnte, das zum Schutz der Investitionen transnationaler Konzerne eingerichtet wurde. ... In diesem unfairen Schiedsverfahren, das ein einseitiges Spielfeld ist, auf dem nur transnationale Unternehmen Staaten verklagen können und nicht umgekehrt, kann der Staat praktisch nicht gewinnen. Er verliert einfach nicht. Dies ist ein günstiger Zeitpunkt für Guatemala, um die Verpflichtungen zu überprüfen, die es in Investitionsabkommen eingegangen ist, und unter Abwägung der Kosten und Vorteile zu entscheiden, ob es in diesem System verbleiben will oder nicht.“

Die friedliche Widerstandsbewegung bekräftigte ausserdem ihre Entschlossenheit, die Aufhebung des Projekts Progreso VII Derivado zu erreichen und sicherzustellen, dass in diesem Gebiet keine weiteren Bergbaulizenzen erteilt werden.

Der Wortlaut der endgültigen Entscheidung wurde zwar noch nicht veröffentlicht, aber die guatemalteckische Rechnungsprüfungsbehörde (PGN) teilte mit, dass das Unternehmen nun rund 380.000 US-Dollar an Schiedsgerichtskosten an die guatemalteckische Regierung zurückzahlen muss. Laut dem Medium Investment Arbitration-Reporter (IAReporter) muss die guatemalteckische Regierung ihre eigenen Rechtskosten in Höhe von durchschnittlich 4,7 Millionen US-Dollar selbst tragen. (Jen Moore, Institute for Policy Studies, gepostet von Rights Action)

Abkommen zum Strassenbau und Güterverkehr zwischen USA und Guatemala

*Wir lassen die folgenden Texte unkommentiert. Das bedeutet nicht, dass es hier nicht viele Gründe zur Kritik gäbe. Aber die findet Ihr sicher auch selbst heraus, denn auch Ihr seid ja Guatemala-Expert*innen. [d. Red.]*

Guatemala, 16. Januar – Die USA und Guatemala haben ein neues Abkommen über den Ausbau kritischer Infrastruktur unterzeichnet, das die Durchführung technischer Studien für sechs Projekte auf wichtigen Straßen des Landes und eine Eisenbahnstrecke von Puerto Quetzal nach Escuintla umfasst, einschliesslich Entwurf, Machbarkeitsstudie und anderem. Die Investition wird von der Regierung übernommen und beläuft sich auf rund 110 Millionen US-Dollar.

Acht Monate nach der Unterzeichnung des ersten Abkommens zur Modernisierung und Erweiterung der Empresa Portuaria Quetzal (EPQ) hat die Regierung nun im Rahmen des Kooperationsprogramms eine zweite technische Hilfsmaßnahme mit den Vereinigten Staaten formalisiert. Die Vereinbarung wurde mit der Unterzeichnung eines Annahmeerklärungsschreibens zwischen dem guatemalteckischen Verteidigungsministerium und dem Ingenieurkorps der US-Armee (USACE) besiegelt. Mit dem Abkommen akzeptiert Guatemala die Bedingungen und Protokolle des USACE auf der Grundlage der Gesetze der Vereinigten Staaten sowie die Verpflichtung, die Kosten für die folgenden Phasen zu übernehmen: Entwurf, Planung, Bau, Ausbildung und Vorbereitung des Fachpersonals.

Die Zeremonie fand im Nationalen Kulturpalast statt, unter Anwesenheit von Präsident Bernardo Arévalo, Vizepräsidentin Karin Herrera, Verteidigungsminister Henry Sáenz und Verkehrsministerin Norma Zea sowie dem US-Botschafter Tobin Bradley und Clay McCoy vom USACE.

Die Projekte

Die Botschaft der Vereinigten Staaten in Guatemala teilte in einer Pressemitteilung mit, dass sich das Abkommen auf 110 Millionen US-Dollar beläuft, um die kritische Straßeninfrastruktur zu verbessern sowie umfassende Studien durchzuführen und die Entwürfe für die Integration eines Eisenbahnsystems vorzubereiten, das Puerto Quetzal mit einem multimodalen Logistikbahnhof in Escuintla verbindet.

Die Kommunikationsministerin, Norma Zea, zählte die sechs Strassenbauprojekte auf: Das Erste ist die Verbesserung des Strassenabschnitts zwischen Santiago Atitlán und San Marcos La Laguna, Sololá, die als Touristenstrasse bekannt ist und deren Ausbau angestrebt wird. Das zweite Projekt ist der Bau einer Strassenkreuzung in der Stadt Quetzaltenango. Das dritte Projekt ist die Überführung bei Kilometer 56 der CA-9 Norte, Zufahrt nach Sanarate, El Progreso. Hinzu kommt viertens der Ausbau der CA-2 Occidente auf vier Fahrspuren, Abschnitt von der Brücke Nahualate nach San Bernardino, Suchitepéquez. Die beiden letzten Projekte sind Arbeiten zur Verbesserung der Überführung in der Calle Martí, Zone 2 von Guatemala-Stadt, und schliesslich der Bau des Verkehrsknotenpunkts CA-9 Norte zwischen Kilometer 56, Sanarate, und Santo Domingo Xenacoj, Sacatepéquez.

Diese Projekte wurden aufgrund ihrer Auswirkungen auf die Mobilität, die territoriale Anbindung und die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählt, erklärte Zea und wies darauf hin, dass die Arbeiten darauf abzielten, „die Fahrzeiten zu verkürzen, den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen zu verbessern und die Anbindung an die wichtigsten Strassennetze des Landes zu erleichtern“.

Wichtige Zusammenarbeit

Gabriela Roca, Vizepräsidentin der Stiftung für die Entwicklung Guatemalas (FUNDESA), erklärte während der Veranstaltung, dass die Zusammenarbeit mit USACE nicht nur erstklassiges technisches Know-how mit sich bringe, sondern auch hohe Standards in den Bereichen Planung, Nachhaltigkeit, Risikomanagement und Resilienz. „Diese Vereinbarung öffnet die Tür für konkrete Projekte: Modernisierung der Hafeninfrastruktur, Entwurf von Eisenbahnkorridoren, die Produktionsgebiete und Logistikzentren verbinden“, betonte Roca. „Diese Projekte sind Teil der Modernisierung und der nationalen Infrastruktur-Strategie“, betonte Arévalo.

Millennium-Challenge Corporation

Der US-Botschafter, Tobin Bradley, fügte hinzu, dass Guatemala im vergangenen Dezember als eines von nur zwei Ländern Lateinamerikas ausgewählt worden sei, um ein Programm mit der Millennium Challenge Corporation zu entwickeln, das dazu beitragen wird, institutionelle Herausforderungen zu bewältigen und neue Möglichkeiten für guatemalteckische und US-amerikanische Unternehmen zu eröffnen. „Die Politik von Präsident Trump erkennt Guatemala als wichtigen Partner an, und nach dem Besuch des US-Aussenministers Marco Rubio wurde die Erweiterung von Puerto Quetzal konkretisiert. Diese Woche wurde mit der Analyse dieses neuen Abkommens begonnen.“

Arbeitsplätze schaffen

Bradley betonte, dass die US-Regierung sich weiterhin unerschütterlich dafür einsetze, die illegale Migration zu beenden und die Grenzsicherheit der Vereinigten Staaten zu stärken. „Dieses Programm schafft Chancen und Arbeitsplätze, die verhindern, dass Guatemalteke*innen ihr Land verlassen müssen. Wir feiern eine gemeinsame Vision von Fortschritt, wirtschaftlicher Sicherheit und echter Sicherheit“.

Chronologie

Die Vereinigten Staaten und Guatemala unterhalten ein Kooperationsprogramm im Bereich Infrastruktur.

- Im Februar 2025 wurde während eines Besuchs des US-Aussenministers Marco Rubio das Dokument über den gesamten Kooperationsprozess unterzeichnet.
- Am 22. Mai desselben Jahres wurde die erste Erklärung zwischen der USACE und dem guatemaltekischen Verteidigungsministerium als guatemaltekischem Partner unterzeichnet. Das Abkommen sieht den Ausbau der Handelsdocks der EPQ in Escuintla vor.
- Am 30. Juli 2025 überwies der Staat Guatemala als erste Zahlung 63,7 Millionen US-Dollar an die USACE. Derzeit befindet sich das Projekt in der Analysephase. Es wird davon ausgegangen, dass die ersten Bauarbeiten gegen Ende 2027 anlaufen können.
- Am 11. August 2025 wurde der Präsidialausschuss für die Wiederbelebung des Eisenbahnverkehrs (COPREFE) gegründet, und am selben Tag bestätigte die Exekutive die Absicht, eine binationale Eisenbahnverbindung zu realisieren und mit der USACE Machbarkeitsstudien durchzuführen. (Prensa Libre)

Ausbau des Hafens Puerto Quetzal durch USACE ab 2027

Ende September 2025 schrieb Prensa Libre über den geplanten Ausbau des Hafens Puerto Quetzal durch USACE:

Im Rahmen des XX. Industriekongresses, der von der Industriekammer Guatemalas (CIG) organisiert wurde, stellte José Antonio Lemus, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Empresa Portuaria Quetzal (EPQ), die Fortschritte und Herausforderungen des Modernisierungsprojekts vor: „Der Hafen wurde für 1,2 Millionen Tonnen ausgelegt, und 2024 haben wir 15 Millionen Tonnen abgefertigt. Wir liegen 1.000 % über der ursprünglichen Kapazität [von 1985, d. Red.]“, erklärte Lemus und warnte, dass das Frachtvolumen bei anhaltendem Wachstum bis 2035 25 Millionen Tonnen überschreiten könnte.

Um die Umschlagkapazität des Hafens zu erhöhen, hat Guatemala ein Abkommen mit dem USACE unterzeichnet. Dieses Abkommen sieht Machbarkeitsstudien und Bauentwürfe zur Erweiterung der Hafeninfrastruktur vor. Zu den vorrangigen Projekten gehören:

- Erweiterung des Hauptkais und des Containerkais um jeweils 400 Meter.
- Bau eines seit über 40 Jahren geplanten Hafenbeckens im westlichen Bereich.
- Studie über einen Aussenhafen mit einem 2 Kilometer langen Wellenbrecher, der die Aufnahme von Schiffen mit grösserem Tiefgang ermöglichen würde.

Wann wird das Modernisierungsprojekt von Puerto Quetzal fertiggestellt sein?

José Antonio Lemus erklärte, dass am 29. September 2025 ein Besuch des Ingenieurkorps der US-Armee beendet worden sei. Als Ergebnis wurde eine Liste mit 15 technischen Anforderungen vorgelegt, die Guatemala erfüllen müsse, um den Modernisierungsplan voranzubringen. Dazu gehören unter anderem:

- Küstenmodellierung mit Daten zu Gezeiten, Strömungen und Wellen.
- Untersuchung der Sedimentation und der Veränderungen der Küstenlinie (die letzte wurde 2014 durchgeführt).
- Simulation der Manövrierfähigkeit von Schiffen und Modellierung von Wellenbrechern.
- Strukturelle Analyse der aktuellen Infrastruktur.

Lemus erinnerte daran, dass die Zusammenarbeit mit USACE im September 2024 begann und dass bereits ein Jahr des ursprünglich vorgesehenen Zeitplans mit einer Dauer von etwa 30 Monaten vergangen sei. Normalerweise dauerten solche Projekte 84 Monate, aber das US-Team habe den Zeitplan beschleunigt.

Die Phasen des Prozesses sind wie folgt verteilt:

- Erste Überprüfung: innerhalb der ersten sechs Monate.
- Durchführbarkeit: zwischen dem 12. und 24. Monat.
- Entwurf (Pläne und Spezifikationen): zwischen dem 18. und 24. Monat.
- Ausschreibung und Auftragsvergabe: Dies hängt von den interessierten Unternehmen ab.
- Bau: Der erste Spatenstich wird für November 2027 erwartet.

Logistische Herausforderungen und unternehmerische Mitverantwortung

Die steigende Nachfrage hat zu Überlastung der Häfen und Sicherheitsrisiken geführt, da die Schiffe auf Flut warten müssen, um einlaufen zu können. Lemus betonte, dass die Lösung nicht nur von der Infrastruktur abhängt, sondern von der gesamten Logistikkette, von der Verpackung am Herkunftsort bis zum Vertrieb an Land. „Viele Verzögerungen sind nicht nur auf den Hafen zurückzuführen. Wenn die Ladung schlecht verstaut ist, kann das Entladen statt drei Tagen bis zu zwölf Tage dauern. Das ist eine Mitverantwortung, die wir übernehmen müssen“, erklärte er. Derzeit würden mehr als 60 % der Dienstleistungen in Puerto Quetzal von privaten Unternehmen im Rahmen eines indirekten Verwaltungsmodells erbracht, was die Notwendigkeit einer öffentlich-privaten Zusammenarbeit unterstreicht.

Zukunftsvision

Der Präsident der EPQ betonte, dass das Ziel darin bestehe, einen wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Hafen zu bauen, der mit der produktiven Dynamik des Landes Schritt hält. „Wir können nicht weiter mit kleinen Schritten vorgehen. Jetzt wissen wir, wohin wir gehen, und auch wenn es keine sofortigen Ergebnisse gibt, erfordert Qualität die Einhaltung

von Zeitplänen und Verfahren“, schloss er.

Mit der technischen Unterstützung der Vereinigten Staaten und der Beteiligung des Privatsektors will sich Puerto Quetzal als strategischer Logistik-Hub für Mittelamerika etablieren, der in der Lage ist, auf das Wachstum des internationalen Handels in den kommenden Jahrzehnten zu reagieren. (Prensa Libre)

Präsident Arévalo über den Ausbau des Hafens

Im Mai 2025 berichtete Prensa Comunitaria über die Aussagen von Präsident Arévalo über den Ausbau des Hafens:

Diese Arbeiten werden rund 460 Millionen Q für Studien und Entwürfe eines Projekts kosten, das den Bau von zwei insgesamt 446 Meter langen Kais vorsieht, die zu den vier bereits vorhandenen, insgesamt 800 Meter langen Anlegestellen des Hafens hinzukommen sollen. Die Behörden schätzen, dass die Anlegestellen eine Länge von 1.246 Metern haben werden: „Die Modernisierung der seit Jahrzehnten vernachlässigten Infrastruktur ist eine unserer grössten Herausforderungen. Diese Vereinbarung ist Teil der Umgestaltung, die es uns ermöglichen wird, ein effizientes und modernes Logistiknetz für Guatemala wiederherzustellen“, betonte Arévalo.

Der Präsident erklärte, dass die erste Zahlung zur Finanzierung der Studien bereits bei der Verwaltung des Hafens Puerto Quetzal eingegangen sei und anschliessend gemäss den zuvor zwischen beiden Ländern festgelegten Mechanismen an das Ingenieurkorps USACE weitergeleitet werde.

Die Allianz mit der US-Armee beschränkt sich nicht nur auf den Hafen von Quetzal. Arévalo weist darauf hin, dass Spezialisten des Ingenieurkorps sich ebenfalls im Land befänden, um Bewertungen für das Eisenbahnnetz an wichtigen Standorten wie Puerto Barrios durchzuführen. „Dies ist der dritte Besuch der technischen Teams. Sie analysieren den Zustand der Gleise, die bestehenden Siedlungen und die Entwicklungsalternativen für den Wiederaufbau der Eisenbahn“, erklärte er.

Arévalo gab zudem bekannt, dass die Weltbank einen wichtigen Bericht für den Wiederaufbau des nationalen Flughafensystems vorgelegt habe, begleitet von einem Betrag in Höhe von 5 Millionen Q für die Durchführung technischer Studien.

Ergänzend zu diesen Massnahmen hat die Regierung kürzlich auch einen Gesetzesentwurf zur Regulierung der Hafenaktivitäten vorgelegt. Dieser Vorschlag sieht die Schaffung einer nationalen Hafenbehörde sowie klare Regeln für private Investitionen und Mechanismen für die strategische Planung des Hafensystems vor.

Laut [damaligen, d.Red.] Verkehrsminister Miguel Ángel Díaz ist dieser Entwurf nach Konsultationen mit internationalen Organisationen und dem privaten Sektor ausgearbeitet worden.

Für Arévalo wird diese Reihe von Initiativen den Grundstein für eine neue Ära der Konnektivität, Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Entwicklung in Guatemala legen. „Wir wollen Häfen des 21. Jahrhunderts, die Chancen für alle Guatemalte*innen schaffen und mit klaren Regeln und ohne Korruption Investitionen anziehen“, schloss der Präsident.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Dr. Theresa Bachmann – theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle Abonnent*innen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6